

Vor Nachahmung wird gewarnt

DIE ÄRGERLICHE BILANZ DER KÄMPFE VON RHEINHAUSEN

5 In einem Vorort von Duisburg ist es zu einem Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen gekommen. Nachdem das Management von Krupp mit dem Betriebsrat ausgemacht hatte, daß es in der Stahlhütte von Rheinhausen mit etwa 2000 Mann weniger weitergeht, verkündete die betriebsleitung ein paar Tage später, daß das Werk geschlossen wird.

10 Der Betriebsrat und seine Gewerkschaft haben der Belegschaft und dem ganzen Ort gegenüber diese Gemeinheit angeprangert. Die Empörung fiel den Leuten nicht schwer. Immerhin war von seiten des Unternehmens nichts Geringeres angesagt als eine Massenentlassung. Und die ist in einer Gemeinde, wo alles wirtschaftliche Leben direkt oder indirekt von Krupp und seinen Lohnabhängigen bestritten wird, in ihren Folgen ziemlich auffällig. Zwar unterscheidet sich die Maßnahme von Krupp in Rheinhausen der Sache nach in nichts von den Entscheidungen, mit
15 denen Unternehmer andernorts die Arbeitslosenstatistik auf 2,5 Millionen hochgebracht haben: Lohnarbeit, die sich nicht rentiert, wird überflüssig, und die Arbeitskräfte schlagen sich mit dem fälligen Einkommensverlust herum. Wo aber die Opfer auf einem Haufen zusammenleben und sich nach der Kündigung nicht unbemerkt machen, sondern einander täglich über den Weg laufen - wo sich der Schaden nicht auf einzelne "Betroffene" verteilt, die dann sehen, wie sie zurechtkommen; wo also viele Betroffene am selben Ort und zur gleichen Zeit gewahren, daß mit
20 ihren Arbeitsplätzen ihr gesamter Lebenszusammenhang steht und fällt - da erschrecken sie über die Rücksichtslosigkeit des Kapitals.

Der Kampf um Arbeitsplätze

25 Die Aktionen, mit denen die lebendigen Anhängsel der Stahlhütte Rheinhausen auf die Ankündigung der Betriebsschließung reagierten, stellen in einer Hinsicht eine Ausnahme im sozialfriedlichen Leben dieser Republik dar. Immerhin ging es den streikenden, protestierenden und demonstrierenden Leuten darum, daß eine alltägliche Geschäftspraxis des Systems nicht achselzuckend hingenommen sondern unterbunden werden sollte.

30 Das Programm, dem der Kampf folgte, hatte andererseits einen recht bescheidenen Inhalt. Rebelliert wurde nämlich im Namen der Normalität, für eine Fortsetzung der Arbeitsverhältnisse, die Krupp gerade aufgekündigt hatte. Dieselbe Mannschaft, die zu der Einsicht gelangt war, daß sie etwas losmachen muß, wenn sie sich erhalten will, bestand von Anfang auf nichts anderem als auf dem Erhalt "ihrer" Arbeitsplätze. Die Weiterführung der Stahlhütte betrachteten sie als ihr
35 Recht, und das Kampfziel, das sie sich steckten, lautete:

Dieses Recht muß man uns gewähren!

Um die Erfüllung dieses Anspruchs herbeizuführen, wurde einiges unternommen - und zwar durchaus im Bewußtsein der Tatsache, daß die Partei, *gegen* die es geht, *für* die Einlösung der Forderung *gewonnen werden muß*. Der Druck, den die Aktionen erzeugen sollten, war darauf

berechnet, die Unternehmer auf ihren ebenso offiziellen wie schönfärberischen Titel
“Arbeitgeber” zu verpflichten also *ein Recht einzufordern, das e s nicht gibt*. Alle Argumente und
Anstrengungen der Bewegung im Revier zeugen davon, daß die Beteiligten sehr wohl wissen, daß
die Weiterbeschäftigung von 5000 Stahlarbeitern bei keinem Gericht eingeklagt werden kann. Sie
5 bedürfen auch keiner Aufklärung darüber, daß Betriebsschließungen nicht verboten sind - sie sind
“nur” der Meinung, daß sie ihretwegen unterlassen gehören. Und *weil* sie wissen, wie wenig
dieses Anliegen respektiert - geschweige denn von irgendeiner maßgeblichen Instanz zur Geltung
gebracht - wird, sind sie zu gelegentlichen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und jeder
10 Menge Kundgebungen angetreten. Solche Unternehmungen gehören auch in Rheinhausen ganz
und gar nicht zu den gewöhnlichen Betätigungen des Bürgers - auch in diesem Städtchen ist der
übliche Anstand angesichts von 2,5 Millionen Arbeitslosen nicht außer Kraft gesetzt worden.

Leider ist dergleichen auch dann nicht passiert, als sich die von Entlassung bedrohten Arbeiter und
ihre Mitstreiter plötzlich in die Lage von Opfern versetzt sahen; ein ganz und gar nicht unbe-
deutender Repräsentant des Kampfes, der vor Ort nicht müde wird, die Rücksichtslosigkeit des
15 Kapitals zu geißeln, blamiert sich in Rheinhausen keineswegs, wenn er ein Interview mit der
“Frankfurter Rundschau” so beschließt:

“Jeder Unternehmer wäre schlecht beraten, hier, mit diesen Menschen, keine Industrie
aufzuziehen.”

Solche Entgleisungen sind kein Zufall. Dieser Mann an der Spitze der Bewegung weiß gar nichts
20 vom Unterschied zwischen dem *Kampf gegen* die Veranstalter der Entlassung und dem *Vorwurf*,
das Kapital würde sich selbst schaden, wenn es auf die Benützung des dienstbaren
Menschenschlags der Region verzichtet. In seiner “Kritik” fällt die ungerechte Behandlung von
Lohnabhängigen allemal zusammen mit wirtschaftlicher “*Unvernunft*”. Er will schließlich die
Rechnung des Stahlgeschäfts nicht durchkreuzen, sondern erreichen, daß sie auch ohne
25 Entlassungen aufgeht. 5000 entlassene Rheinhausener sind für ihn nicht die Konsequenz
kapitalistischen Rechnens, sondern die Folge unternehmerischer Willkür, mit der Krupp eine
moderne Stahlhütte zumacht, statt sie fürs Arbeitgeben zu verwenden. Und für den Fall, daß sein
Kampf dagegen keinen Erfolg zeitigt, setzt der Betriebsrat von Rheinhausen auf Unternehmer, die
merken, was sie an den “Menschen” im Revier haben.

30 Die Bewegung in und um Rheinhausen vollzieht sich also ganz im *Bewußtsein der Abhängigkeit*
vom Kapital, die niemand aufkündigen will. Er kämpft werden sollen Arbeitsplätze, und zwar
gegen Unternehmer, in deren wirtschaftlicher Macht es steht, welche zur Verfügung zu stellen.
Vorerst freilich sind sie damit befaßt, Arbeitsplätze zu streichen. Deshalb muß gestritten werden.

Die Anmeldung und Bekräftigung des “Rechts” auf Arbeitsplätze

35 Die ersten Parolen, mit denen die von der Kündigung bedrohten Leute auf sich aufmerksam
machten, beschworen die Folgen der Betriebsschließung. “Rheinhausen darf nicht sterben!” und
“Die Hütte ist unser Leben” lauteten die Mitteilungen, die über die Medien in der gesamten
Nation die Runde machten. Mit dem Hinweis auf die Lebensumstände ohne Stahlhütte, die bis zur
40 Katastrophe ausgemalt wurden, unterstrichen die zum Protest angetretenen Opfer der angesagten
Massenentlassung nachdrücklich, daß mit den Arbeitsplätzen *eine ganze Gemeinde* vor die Hunde

geht. Erregt gaben sie zu Protokoll, wie total ihre Abhängigkeit von Krupp-Geschäften eingerichtet ist - und in der Ausmalung der Chancenlosigkeit der künftigen Generationen stellten sie den Antrag, diese Abhängigkeit in das "Leben" ihrer Kinder und Enkel fortzuschreiben. Sicher haben sie das so nicht sagen wollen, aber angesichts der materiellen Bedrängnis, mit der sie sich konfrontiert sehen, ist ihnen stets nur diese Alternative eingefallen: Krupp muß bleiben, weil und damit der *Ort* und die ihn bevölkernden *Familien* von ihm "leben". Konsequenterweise wurde Abstand genommen, angesichts der drohenden Misere das zutage getretene Verhältnis von *Arbeit und Kapital* nüchtern zu sehen; das "Feindbild" zog sich gleich auf die "kaltschnäuzige" Tour von Cromme zusammen, dem Vorstandsmitglied, der die Maßnahme verkündete. Als wären Entlassungen nicht in jedem Fall aufschlußreich bezüglich des Umgangs des Kapitals mit seiner Manövriermasse und erst so richtig verdammenswert, wenn sie eine ganze Gemeinde und ein paar hundert benachbarte Familien in ihrer "Zukunftsplanung" treffen, haben die Rheinhausener ihren Protest dauernd so zurechtgestrikt: "*Uns hier* trifft es besonders, und das darf doch wohl nicht erlaubt sein!" Berufen haben sie sich weniger auf ihre *Interessen*, die dem Kapital entgegenstehen, als auf das Existenzrecht zweier geheiligte Kollektive, denen ihrer Meinung nach nun wirklich niemand seinen Respekt versagen kann. Damit wollten sie Eindruck machen - und auch erst einmal gemacht.

Allerdings ist ihnen eine Retourkutsche nicht erspart geblieben bzw. selber zum schlechten Gewissen geraten. Da ihrem Moralismus auf der Gegenseite nichts, aber auch gar nichts Entsprechendes gegenübersteht; da die Rechnung mit rentablem Stahl nicht als Gut oder Böse, sondern als "Sachzwang" und allgemeines Interesse der "Wirtschaft" daherkommt, war ein Argument sofort fällig: "Überkapazitäten" müssen weg - und wenn nicht bei euch, dann anderswo. Das wollten sich die Rheinhausener natürlich nicht nachsagen lassen. Auf *Kosten anderer* wollten sie nicht gerettet werden, so daß sie das "und anderswo"- gleich mit in ihren Protest eingebaut haben. Die "Verantwortung", die sie einklagen, erstreckte sich damit aufs *Revier insgesamt* - und die nächste unanfechtbare Gemeinschaft, um die sie sich statt "bloß" um ihren Lohn sorgen, war gefunden. Garniert mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Reviers für die *Nation*, mit Erinnerungen an die Opfer, die in dieser Heimat deutschen Kapitals den "Aufbau" ermöglicht hätten, war der Protest ja dem Duisburger Vorort erneut vom Verdacht befreit, hier würden 5000 Lohnabhängige eine Vorzugsbehandlung beanspruchen. Nun waren die Rheinhausener auch noch *Stellvertreter* aller in gleicher Weise Entrechteten!

Allerdings hat es mit dem Dank des Vaterlandes, den sich die demnächst Gekündigten verdienen wollen, so seine Bewandnis. So sehr die *politisch* "Verantwortlichen" auch den Leistungen von ganzen Ruhrarbeitergenerationen Anerkennung zollen, sie können ihnen einen Fingerzeig nicht ersparen. Auch die nationale Stahlindustrie ist - außer bei Entlassungen - nicht so souverän, wie es aussieht. Da gibt es eine EG, Quoten und eben eine internationale Konkurrenz - und in dieser führt sich das Ausland mit seinen Stahlkonzernen nicht etwa genauso auf wie "wir", sondern äußerst wettbewerbsfeindlich. So daß letztlich nicht Krupp, Mannesmann und Thyssen hierzulande für Arbeitslose sorgen, sondern die anderen. Und diese Hetze auf die Praktiken *nichtdeutscher* Stahlkapitalisten fällt bei den ehrgeizigen Protestanten im Revier durchaus auf fruchtbaren Boden. Das ist auch kein Wunder, solange sie die Stahlhütte für "*ihre*" halten, sie mit

ihrem “*Leben*” verwechseln und die Politik als eine Bremse der “Unternehmerwillkür” ansehen statt als deren Garantie...

Die Kampfmittel

5 sehen in und um Rheinhausen entsprechend aus. Die Akteure betragen sich mitten im Kampf so, als müßten sie dauernd den falschen Eindruck vermeiden, es ginge ihnen um klassenkämpferische Behinderung des Kapitals. Mehr als Arbeitsplätze, die ihnen nach der hohen Kunst der Profitrechnung gerade gestrichen werden, wollen die guten Menschen vom Revier einfach nicht ertrotzen.

10 Wenn sich die unmittelbar Betroffenen zu einem *Streik* durchringen, dann nehmen sie ihre Arbeitsniederlegung gar nicht erst als Hebel, um dem Betrieb etwas abzupressen. Vielmehr als eine bessere Sorte von Demonstration, die aus ihrer Verzweiflung, der berechtigten, heraus entstanden ist. “Arbeitsplätze kaputtstreiken” ist nicht unsere Sache, lassen sie die Öffentlichkeit und ihre Entlassenen wissen - und den Beweis dafür, wie es (nicht) gemeint ist, liefern sie mit 15 einer vorbildlichen Organisation der Arbeit. Auch und gerade während des Ausstands darf der Ofen nicht ausgehen - und der kämpferische Betriebsrat betreibt die Einteilung. Stolz erfüllt ihn, weil außer der Demonstration gegen die Entlassungen noch eine andere stattgefunden hat: die nämlich, daß jedermann sehen kann, wer den Laden eigentlich schmeißt. Und damit soll nicht gesagt sein, daß ein Verzicht auf die Herren des Betriebs ansteht, sondern das Gegenteil: Es ist 20 töricht, auf diese Belegschaft zu verzichten.

Die Demonstrationen sind allemal so angelegt, daß jede “Entgleisung” - in einem Fall eine ernsthafte Beeinträchtigung des Straßenverkehrs - eine Entschuldigung nach sich zieht. Nein, wer für das “Leben” im Revier unterwegs ist will keinem Bürger zu nahe treten, in dessen Namen er gerade Flagge zeigt. Es geht nicht darum, sich mit irgend jemandem anzulegen, sondern Wohlwollen einzuheimsen. Und um garantiert die eigene Sache nicht als feindseligen Akt gegen die Hüter 25 des Geldes und der öffentlichen Ordnung erscheinen zu lassen, wird die *Sympathie*, die man verdient, auf allen möglichen Zusammenkünften organisiert. In Rheinhausen ist angesichts des katastrophalen Schicksals, das öffentlich so schön ausgemalt wird, eine Szene entstanden. Und in der herrscht wider alle Erwartung nicht Trauer noch Angst - sondern Frohsinn in allen 30 Ausprägungen. Unter hauptamtlicher Anleitung eines Pfarrers wird sich da im Schatten des kommenden Todes enorm Mut gemacht und der Welt gezeigt, daß sich die Rheinhausener nicht unterkriegen lassen. Mit Singsang und lustigen Fackelzügen bestreitet da eine komplette Gemeinde ihren seelischen Lebensunterhalt, zu dem jede Solidaritätsadresse einen Beitrag darstellt. Erlaubt ist da alles, was Dichten und Trachten einer Krupp und Jesus-Gemeinde so hergibt - 35 nur eines nicht: die *Frage nach dem Nutzen* der heißen Show unter dem Motto “Wir lassen uns das Singen nicht verbieten!” Prominente Zustimmung zu dieser Einstellung dagegen ist allemal willkommen, deswegen auch immer Fernsehen, Funk und Presse. Daß diese Szene längst ein Eigenleben führt, getrennt nicht nur von der durchaus fälligen Beantwortung der praktischen Frage “Was tun?”, gegen wen und mit welchem Ziel, getrennt auch von denen, die bis auf weiteres von Schicht zu Schicht eilen, ficht die Akteure überhaupt nicht an. Sie repräsentieren in 40 bronzdummer Heiterkeit von Menschen, die besser sind als das, was ihnen zugemutet wird, einfach das gute Rheinhausen. Gelegentlich verlassen sie auch die Menage - eine Ex-Kantine von

Krupp - und begeben sich in eine Fabrikhalle. Dann kommen alle hin, auch politische und gewerkschaftliche Würdenträger, um Gott - ja, dem! - und dem Fernsehen ihr Leid zu klagen. Nur eines ist diesem Kampf fremd: die Beratung, wie, mit welchen Mitteln und zu welchem Ziel er betrieben werden soll. Wer das in die Debatte bringt, ist ein Miesmacher und stört die Sympathiewerbung von Leuten, die sich in der Pose des Opfers schwer unterhaltsam vorkommen.

Zuspruch und Solidarität

Davon kann die Rheinhausener Bewegung überhaupt nicht genug kriegen. Und sie leidet auch keinen Mangel an diesen wohlfeilen Spenden. Eigentlich will niemand abseits stehen, wenn es darum geht, dem Protest in diesem Stahlstandort recht zu geben. Nicht einmal die aus besseren Tagen übriggebliebenen Reste der Linken, die bei "links" noch ein wenig an Arbeit contra Kapital denken, können sich bei "Unterstützung" des fälligen Kampfes etwas anderes vorstellen als eine rückhaltlose Grußadresse. Sie begrüßen, daß etwas läuft, und sind darüber so sturzzufrieden, daß einem schlecht werden kann. Nein, die "taz" ist nicht gemeint; die liegt schon ganz auf ihrer Linie, wenn sie die Rheinhausener Klima-Pflege samt ihren grotesken Veranstaltungen des Typs "Einheimische Frauen fragen Politikerinnen (Anke Fuchs, Adam-Schwätzer), was sie als Frauen meinen, was aus Frauen in Rheinhausen werden soll..." in Schutz nehmen vor "Revolutionstouristen". Klar, Wahlkampftouristen sind ehrenwerte Leute, und die im Revier sind so ehrlich und echt irre betroffen, daß eine Korrektur ihres Umgangs mit Lohn und Arbeit die größte Sauerei von Welt ist.

Eher schon müssen sich Leute mit dem Titel "Arbeiterkampf" über ihrer Zeitung fragen lassen, ob sie noch ganz bei Trost sind. Weil die MG im Revier die Frage nach Zielen und Mitteln einfach nicht lassen will - ja, wir agitieren gegen das Kapital und für die Interessen seiner Opfer! -, kriegen wir von den Arbeiterkämpfern den Vorwurf "nervige und klugscheißerische Debattenbeiträge" zu hören. So was würde der Redaktion des AK natürlich nie unterlaufen. Sie veranstaltet eine *Reise* in das neueste Biotop der Bewegung, verfertigt einen *Reisebericht* und rät anderen zum gleichen Vorgehen: "Es gibt genug gute Gründe für organisierte und unorganisierte Linke, vor Ort zu gehen, um sich ein Bild von der wirklichen (!) Arbeiterklasse, ihrem Bewußtsein und ihrem Kampf zu machen, aber auch, um diesen Kampf zu unterstützen." Klar, der einzig gute Grund ist eben Unterstützung, und je realexistenter eine Arbeiterklasse ist, desto richtiger, was sie tut und wie sie sich einseifen läßt! So ist man ein rechter Linker: immer die Leute dazu beglückwünschen, wofür sie sich gerade hergeben! Bloß kein Urteil fassen und sich einmischen! Lieber die liebe linke Leserschaft mit solchen, gar nicht "sektiererischen" Ergüssen über "Arbeiterkampfs" Reisetimmungen beglücken - das nützt in Rheinhausen:

"Der anbrechende Tag drückt auf die Stimmung. Kälte und Schneeregen vertreiben jede Lust auf spontane Erkundungen. Vor allem des Fotografierens wegen ein nicht zu verhehlender Frust."

Wären diese Verteidiger der Volksseele vor Ort gegen Übergriffe von seiten Unbefugter nur halb so konsequent, wenn sich Pfaffen, Gewerkschafter und Politiker an ihr Geschäft machen! Wenn diese in öffentlichem Ansehen stehenden Instanzen auf der einen Seite den gebeutelten Anhängseln des Kapitals jede Menge Verständnis zusichern, um sie andererseits auf die *Notwendigkeiten* des von ihnen so geliebten Systems hinzuweisen! Wahrscheinlich kommt es dem

“Arbeiterkampf” ziemlich elitär vor, wenn wir sagen, daß die Mahnwache, die die Reiseklassenbewußtseins-Sightseeing-Tour aus dem hohen Norden so ehrfürchtig bestaunen durfte, ein ausgemachter Quark ist und schädlich dazu. Aber kommen wir zum *erfolgreichen* Reisewesen, das neben der einheimischen kirchlichen Betreuung der braven Leute bestens floriert.

5 Die *Politiker* strengen sich ganz schön an. Sie beehren mit ihrer Meinung durchaus ohne Scheu die aufgewühlte Szene. Wichtig erscheint ihre Stellungnahme allemal, nicht wegen ihres Inhalts, sondern weil sie es sind, bei denen Macht und Meinung sehr nahe beeinanderstehen. Und sooft sie sich in Lobreden auf die Opfer und ihre ausgezeichnete Haltung ergehen, sind sie auch gern gesehen. Wenn sie nach der Pflichtübung zur Kür übergehen; und dem Bedauern über unverdiente
10 Härten des proletarischen Dienstes die Botschaft hinzufügen, daß Entlassungen aber auch notwendig sind “wg. Wirtschaft und Stahlkrise”, dann kriegen sie auch ein paar Pfiffe zu hören. Leider nicht deswegen, weil die lieben “Betroffenen” sie durchschaut hätten als Garanten der Profitrechnung, sondern aus Enttäuschung. Von ihnen nämlich und ihrer “Verantwortung” sollte die Rettung ihren Lauf nehmen - und statt dessen stellen sie sich mit ihrem Bekenntnis zu den
15 “unumgänglichen” Bilanzen der Marktwirtschaft als ziemlich “ohnmächtige” Beobachter der Sache mit den Arbeitsplätzen hin. Der Aufforderung, mit ihrer *politischen Macht* müßte doch etwas zu machen sein, schenken sie gern ihr Ohr. Mit einem “mal sehen, was sich machen läßt” verabschieden sie sich aus Rheinhausen und versprechen, die Sache in ihre Hände zu nehmen. Nicht ohne zu betonen, daß sie da auch hingehört und “Barrikaden keine Arbeitsplätze schaffen”.
20 Die *Gewerkschafter* müssen nur anreisen, weil die großen Repräsentanten der “Arbeitnehmer” nicht umhinkommen, den neuesten Neuzugängen der bundesrepublikanischen Reservearmee zu sagen, wo sie wie *vertreten* sind. Denn vor Ort organisiert ja schon der Betriebsrat die Auf- und Abregung nach dein Kriterium, welche Äußerung von welchem Cromme eine “Provokation” der treuesten Seelen von Krupps Stahlhütte darstellt. In Konkurrenz mit dem Pfarrer wirbt die
25 Gewerkschaft bei der Basis darum, sich betreuen zu lassen. Diese Stimmungsmache bei Leuten, die vor lauter künftigen Leiden eine “Szene der Rheinhausener Zuversicht”, “trotz allem”, bestücken, ist freilich noch keine Gewerkschaftspolitik. Ein Teil schon, denn der Eindruck, daß die IG Metall hinter den aufgebrachten Protestanten steht, ist wichtig. Der andere Teil besteht in der schwierigen Aufgabe, den “Betroffenen” klarzulegen, daß ihr Problem einer Lösung bedarf, weil ihre Anliegen gar nicht durchzusetzen gehen. Dafür muß dann ein Steinkühler in die Bütt und korrekt zu Gehör bringen, was Protest und Wirtschaft miteinander zu tun haben. Die Wirtschaft geht bei ihm so, daß ein Betrieb mit 200 Mio. Verlust im Jahr nicht geht. Die Arbeitsplätze sind deswegen abzuschreiben, und der Kampf um Arbeitsplätze kann nicht in Rheinhausen gewonnen werden. Insgesamt aber schon, wenn die Gewerkschaft ihre *Konzepte* beim Kanzler und in
35 Gesprächen mit der Industrie durchsetzt. Die Empörung an der Basis ist eine Rückenstärkung für Breit und Steinkühler, wenn sie ihre Ideen von arbeitsplätzestiftender Förderung des Kapitals ins Gespräch bringen. Insofern können die Rheinhausener gar nichts Besseres unternehmen als sich weiter zu bewegen - nur entschieden wird, was aus ihnen und anderen Entlassenen und Entlassungskandidaten wird, woanders. Alles hängt davon ab, ob die Gewerkschaft Staat und
40 Unternehmer dazu bringen kann, arbeiterfreundlich zu wirtschaften. Die Reisekader der Gewerkschaftsprominenz verfügen eben auch über eine Erklärung der vom Kapital geschaffenen Arbeitslosen:

1. Euch gibt es, weil aufuns niemand hört
2. Wir hätten ein Konzept, wo Kapitalismus garantiert schadstoffarm für Arbeiter ginge
3. Wir repräsentieren euren Einfluß auf Kapital und Staat
4. Dieser Einfluß ist immer ein wenig zu gering
5. Deshalb ist vorerst noch wenig zu machen
6. Aber, wenn es uns nach ginge, wäre alles von den Raketen über den Stahl bis zu den Steuern - wirklich sozial
7. Wir versuchen also, alles mitzubestimmen und treffen uns mit der Regierung
8. Wir streiten keinen wirtschaftlichen "Sachzwang" ab, sondern fragen "sachverständig" nach, ob die Sachzwänge immer gegen die Arbeitnehmer ausschlagen müssen
9. Wir unterschreiben also auch nur, was sein muß; und wir dringen mit jeder Million Arbeitsloser mehr denn je darauf, daß die Marktwirtschaft auch die Lohnarbeiter berücksichtigt
10. "Rheinhausen darf nicht sterben. Vorerst jedenfalls nicht." (Steinkühler)

15 Auf diese Weise wird der Basis klar, daß sie ohne Gewerkschaft noch nicht einmal in Aufsichtsräten, in Kanzlerrunden und anderen Krisensitzungen vertreten wäre. So erfährt ein Mitglied der größten Einzelgewerkschaft der Welt, wie sein Protest aufgenommen und ernstgenommen wird: Seine Gewerkschaft verhandelt mit den anderen "Verantwortlichen" im Land, mit Politikern und Unternehmern, darüber, was geht.

20 **Auftrag erhalten - prompte Erfüllung in Aussicht**

Eine Bewegung, die niemanden behindern will und noch nicht einmal weiß, wer sie schädigt, ist leicht zu bedienen. Politiker und Gewerkschafter machen es vor, wie dem schwächlich-untertänigen Kampfziel

25 **"Die Verantwortlichen zum Handeln bewegen!"**

entsprochen wird. Sie schauen vorbei, entnehmen den Beschwerden jede Menge *Mißtrauen* in ihre Amtsführung, aber kein bißchen *Zweifel an ihrer Zuständigkeit* - und ziehen ihre Schlüsse daraus. Wenn das liebe Volk ohnehin der Auffassung ist, daß es nicht selbst, sondern die amtierenden

30 Instanzen sind, die "handeln" müssen, dann wird eben gehandelt. Befriedigt registrieren die politischen, gewählten Vertreter aller Arbeiter und Stempler, daß die *Ausnahme von Rheinhausen durchaus die Regel bestätigt*. Und die anderen Vertreter, die der lohnarbeitenden Bürger im DGB, haben zwar das Problem, den lästigen Verdacht loszuwerden, ihre Leute an der Basis "im Stich zu lassen". Aber auch das läßt sich regeln. Wenn beide Parteien zusammen mit den Vertretern der

35 Geschäftswelt darüber streiten,

1. was der Arbeitslosigkeit am besten Einhalt gebietet, ist schon einmal - dem Fernsehen sei Dank - ein wichtiger Schritt vollzogen. Jedermann, auch und vor allem jeder im Revier, kann sehen, wie interessiert an entscheidender Stelle auf die Nöte der Manövriermasse geachtet wird. Wenn dann noch ein Streit darüber anhebt, welche *Konzepte* - von der Subvention über
- 40 "Beschäftigungsgesellschaften" bis zur "Vergesellschaftung" ist da jede Sorte von Gewinn- und Verlustrechnung im Spiel - die angemessenen seien, ist schon wieder etwas gewonnen: Es darf gefragt werden,
2. welche Vorzüge und Nachteile weist welche Lösung auf? Wenn dabei die "Lösungen" gleich auf der Verwechslung von "Wirtschaftswachstum", "Strukturwandel", "Behebung" der
- 45 "Strukturkrisen" mit der Milchspeisung von ganz Rheinhausen beruhen, so macht das gar

nichts. Die "Verantwortlichen" *erwähnen* ab sofort einfach immer die Reservearmee des Kapitals, tun so, als ob Wirtschaftspolitik, Steuerreform und Vermummungsverbot lauter *Reaktionen* auf den leidigen Zustand des Arbeitsmarkts wären - und schon ist die Demokratie wieder in Ordnung. Die Lüge, daß die Ruhrkonferenz vom 24. Februar 1988 eine einzige Antwort auf die drängenden Probleme der vorhandenen und künftigen Stempeler wäre, die womöglich von den Protesten in Rheinhausen erzwungen worden sei, geht jedenfalls gut zu vertreten:

5
3. Bund, Länder, DGB und "Arbeitgeber" schaffen gemeinsam "Ersatzarbeitsplätze".
10
Deswegen haben sie sich wohl zusammengesetzt. Weil ihnen nach der *notwendigen* Entlassung von schon wieder ein paar Tausend Leuten die Erleuchtung gekommen ist, daß man Arbeitslose immer auch gleich wieder verstauen muß! Und weil das Unterbringen genau der letzten 5000 Rheinhausener zielstrebig mit einer Schnellbahn, einer Raumfahrtbehörde, einem Umwelt-Modellvorhaben und ähnlichen Krämpfen erledigt werden kann. Da glauben wir schon lieber dem Sprecher der Unternehmer, der die Ruhrkonferenz so gelobt hat: Nordrhein-Westfalen ist
15
nach den Beschlüssen der Konferenz

4. "ein Umfeld, in dem es Spaß macht, zu investieren".
Von Arbeitsplätzen hat er nichts gesagt, der ehrliche Kapitalist. Diese Lügen, daß alles, was Profit abwirft, auch gleichbedeutend mit Arbeitsplätzen oder ihrem Ersatz durch andere wäre, hat er den Politikern und Gewerkschaften überlassen.

20
Übrigens: Damit die Ruhrkonferenz ' ganz im Sinne der Menschen im Revier handelt, ist tags zuvor eine Menschenkette gewesen. Wie man sieht, beeindruckt eine solche Aktion die "Verantwortlichen" enorm. Total unter Druck von unten haben sie ein paar Posten ihres Investitionsprogramms veröffentlicht. Und die Montanindustrie hat 60.000 neue Entlassungen angesagt.